



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Großherzog Friedrich von Baden in Versailles. 5

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

vor Paris geendet hat. Es waren harte Lehren. Aber wohl dem Herrscherhause und dem Volke, die in dieser Schule der Prüfungen so viel gelernt haben und diese Lehren gewiß für alle Zukunft beherzigen werden! Was uns 1806 fehlte, was wir 1813 hatten, und was uns hoffentlich für alle Zeit erhalten bleiben wird, ist, daß an der höchsten Spitze des Staatswesens ebenso wie im innersten Volkskörper „ein Herz schlägt, das seiner Sache gewiß ist“.

H. J.



Großherzog Friedrich von Baden in Versailles

5



Am 3. Dezember, an welchem Tage durch den bayerischen Königsbrief die Kaiserfrage an die Person König Wilhelms unmittelbar herangetreten war, war damit nunmehr auch die Entscheidung über die höchste Frucht des Krieges ausschließlich in seine Hand gelegt. Nicht mehr die Verfassungsfrage, sondern die persönliche Frage, der König selbst, trat damit in den Vordergrund.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß König Wilhelm, der sich in Versailles doch hauptsächlich als Oberfeldherr fühlte, und zwar mit dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit für die Geschichte Deutschlands, alles andre hinter die militärischen Fragen des Augenblicks zurücktreten ließ. Diese aber hatten sich gerade um den 3. Dezember in recht ernster Weise gehäuft. Am 1. und 2. Dezember war die große Ausfallschlacht bei Champigny geschlagen worden, fast wäre Graf Holnstein mit seinem historischen Briefer von Lagny aus in die Schlacht hineingeraten. Die taktischen Ergebnisse ließen sich am 3. Dezember in Versailles noch keineswegs mit Sicherheit übersehen, die Franzosen hatten abermals mit drei bis vier Armeekorps Stellung genommen und die Sorge vor einer Durchbrechung der dünnen Einschließungslinie war noch am 4. Dezember keineswegs gehoben. An der Loire hatte am 28. November die siegreiche Schlacht bei Beaune la Rolande stattgefunden, unter hervorragenden Leistungen der deutschen Truppen. Ihr war am 2. Dezember die Schlacht von Voigny gefolgt, über die dem Könige im Laufe des Tages die erfreulichen Meldungen des von ihm zu der Armee des Prinzen Friedrich Karl und der Armeedivision des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin entsandten Flügeladjutanten Grafen Waldersee vorlagen. Aber es standen nun die Kämpfe um die Wiederbesetzung von Orleans bevor, gegen das vorzugehen der König am 2. Dezember befohlen hatte, Kämpfe, die gerade am 3. und 4. Dezember stattfanden, und deren Ausgang auch auf die Belagerung von Paris von Einfluß sein mußte. Man begreift, daß dem Könige diese Sorgen viel näher lagen als die Frage der Kaiservürde, und aus seiner ersten militärischen Stimmung heraus ist es zu verstehen, wenn er zum Kronprinzen bemerkte, der

Brief des Bayernkönigs sei sehr zur Unzeit gekommen. Der Kronprinz hatte seinen königlichen Vater mißverstanden, wenn er annahm, daß sich diese Äußerung gegen den Antrag selbst richtete. Nur hatte der König in jenen Tagen dringendere Sorgen, er sah die Kaiserfrage als *cura posterior* an. Dazu kamen die Differenzen um die Belagerung von Paris, derentwegen bekanntlich im Hauptquartier sehr scharfe Gegensätze bestanden. Bismarck hatte sich wiederholt über das unwirksame militärische Vorgehen beklagt und auf die ernstesten politischen Folgen dieser Verzögerung hingewiesen. Moltke sah darin eine unbefugte Einmischung der Politik in die Kriegführung und war besonders erbittert über den Bismarckschen Vorwurf, daß es unrichtig gewesen sei, die Armee vor Paris festzulegen, anstatt den Krieg in das Innere Frankreichs zu tragen und so die Bevölkerung dem Friedensschluß geneigter zu machen. Der Kanzler hatte schon vorher, am 27. November, die Vermittlung des Großherzogs in Anspruch genommen, der aber über diesen Streit nicht hinreichend informiert war, um sofort seine Hilfe in Aussicht stellen zu können. *) Darauf hatte Bismarck eine Immediateingabe an den König gerichtet, einige Tage später machte er nochmals den Großherzog auf die bedenkliche militärische Lage aufmerksam. Der persönliche Konflikt zwischen Bismarck und Moltke dauerte dann trotz der vom Kronprinzen unternommenen Versöhnungsversuche und trotz des befehlenden Eingreifens des Königs fast bis unmittelbar vor der Kapitulation von Paris fort. Zwischen Roon und Moltke hatte der Gegensatz in der Belagerungsfrage fast noch schärfere Formen angenommen als zwischen dem Bundeskanzler und dem Chef des Generalstabes. Differenzen über die notwendige Verstärkung der Feldarmee traten hinzu: Moltke rechnete Roon in einem Schreiben vor, daß Frankreich während des Krieges neue Truppenkörper in Stärke von anderthalb Millionen Köpfen aufgestellt habe, eine Anstrengung, an die die deutsche bei weitem nicht heranreiche. Er forderte ausgiebigern Ersatz für die Feldarmee, Aufgebot sämtlicher Landwehren, Heranziehung aller in der Heimat entbehrlichen Landwehrbataillone sowie eines Teiles der Ersatzbataillone für den Stappendienst und den Garnisondienst in Metz und in Straßburg. Dazu traten die Meinungsverschiedenheiten wegen der Munitionsbeschaffung für die Belagerungsartillerie, der Bildung eines Fuhrparks usw. Alle diese Dinge mußten selbstverständlich auch dem Könige vorgetragen werden und nahmen die Arbeitskraft und die Leistungsfähigkeit des dreiundsiebzigjährigen Monarchen mehr als ausreichend in Anspruch. Man begreift leicht, daß da der besorgten und wohlwollenden Vermittlung ein weites Feld der Tätigkeit blieb. Hier kam das große Vertrauen des Königs zum Großherzog zustatten, mit dem er alle diese Fragen in voller Offenheit besprach. Zu den militärischen gesellten sich dann noch allerlei Sorgen auf dem Gebiete

*) Der Großherzog scheint jedoch an diesem oder am nächsten Tage ein Gespräch mit dem König gehabt zu haben, wenigstens datiert vom 28. November ein sehr scharf gehaltener königlicher Erlaß an Moltke und Roon in der Belagerungsfrage.

der auswärtigen Beziehungen. Das Großherzogtum Luxemburg hatte sich verschiedene Neutralitätsverletzungen zuschulden kommen lassen, die gerade in diesen Tagen eine Note des Bundeskanzlers zur Folge hatten, des Inhalts, daß sich die preußische Regierung auch ihrerseits in den militärischen Operationen der deutschen Heere durch keine Rücksicht auf die Neutralität des Großherzogtums mehr gebunden erachten werde und sich die nötigen Maßregeln zur Sicherstellung gegen ähnliche Vorkommnisse vorbehalte. Schwieriger noch schien die Pontusfrage, über die soeben eine Mitteilung an den Bundesrat ergangen war, worin man sich eine Erörterung der Frage im Reichstage vorbehalten hatte. Wie sich der Reichstag zu den Verträgen mit Süddeutschland, namentlich mit Bayern stellen würde, war ebenfalls noch nicht abzusehen, alle vorliegenden Berichte sagten, daß sowohl im Bundesrat als im Reichstage die Bayern eingeräumten Vorzugsrechte stark angefochten würden. Unter diesem Gesichtspunkt verlor denn auch das Angebot des Königs von Bayern viel von der Freiwilligkeit, die für König Wilhelm doch die Voraussetzung für die Annahme der Kaiserwürde war. Da die Kenntnis aller dieser Schwierigkeiten in einem verhältnismäßig engen Kreise blieb, nach außen nicht für jedermann erkennbar, so ist die wachsende Ungeduld erklärlich, mit der in der Heimat sowohl die militärische Aktion vor Paris als auch die Entwicklung der Kaiserfrage beurteilt wurde. Diese Stimmung wurde noch verstärkt durch einen königlichen Armeebefehl vom 6. Dezember, worin der Bundesoberfeldherr unter Hinweis auf die soeben vor Paris, an der Loire und in der Normandie, wo Rouen von der ersten Armee besetzt worden war, errungenen Erfolge einen neuen Abschnitt des Krieges ankündigte und zur Ausdauer mahnte, bis ein ehrenvoller Friede erkämpft sein werde.

Als der Großherzog von Baden am Sonntag, den 4. Dezember, zum Könige kam, fand er ihn krank und in nervöser Gereiztheit. Es war die unvermeidliche Folge der Eindrücke, die in den letzten Tagen von allen Seiten auf ihn eingestürmt waren. Er war noch am 4. Dezember darauf gefaßt, die Einschließung von Paris aufgeben zu müssen. Die Aufzeichnungen des Großherzogs, die Ottokar Lorenz zu seinem mehrfach zitierten Buche benutzen durfte, berichten, daß in Versailles die militärische Lage für schlimmer angesehen wurde, als jemals bekannt geworden ist, erst die Nachrichten von den Erfolgen der Loirearmee brachten wieder Beruhigung und stellten das Gleichgewicht wieder her. Moltke unterließ nicht, dem General Trochu, dem Oberbefehlshaber in Paris, von dem Falle von Orleans Kenntnis zu geben. Die ernste Stimmung dieser Tage übertrug sich selbstverständlich auch auf den Kronprinzen, der ebenso wie sein Vater Zeit brauchte, die durch die verstimmende Gesamtlage vermehrten Zweifel an dem Wert der neuen Krone zu überwinden. Noch am 9. Dezember mußte der Großherzog ihn durch den Hinweis beruhigen: „Der heute scheinbar leere Kaisertitel werde bald genug zur vollen Bedeutung gelangen.“ Bei der großen Zahl der Höfe erfolgte auch die Zustimmung nicht von allen so schnell, wie anfänglich

erwartet sein mochte, mehrere der Fürsten erachteten es für ihre Pflicht, zunächst mit ihren zum Teil im Feldlager stehenden Bundesgenossen in einen Gedankenaustausch einzutreten, andre forderten Bericht von ihren Ministern in Berlin. Immerhin verging Zeit, bevor die Zustimmungen sämtlich zur formellen Erledigung gelangten. Da aber die Verfassungsverträge und damit die Kaiserfrage schon vom 6. Dezember ab im Reichstage zur Erörterung standen und der Reichstag dann am 10. Dezember, nachdem die Einführung der Worte Kaiser und Reich in die Verfassung in allen drei Lesungen genehmigt worden war, eine Adresse an den König und deren Überreichung durch eine Deputation von dreißig Mitgliedern beschlossen hatte, so sah sich der König auch noch der Eventualität gegenüber, dem Reichstag eine Antwort in der Kaiserfrage geben zu müssen, bevor die Zustimmung aller deutschen Fürsten formell vorlag. In der Mitteilung Delbrücks an den Reichstag vom 8. Dezember über den im norddeutschen Bundesrat mit dem Einverständnis der Bevollmächtigten der süddeutschen Staaten eingebrachten Antrag, in der Verfassung die durch den Titel Kaiser und Reich nötig gewordenen Änderungen vorzunehmen und am nächsten Tage darüber zu beschließen, mußte ausgesprochen werden, daß die Zustimmung noch nicht von allen beteiligten Souveränen eingegangen sei.

Das vom 1. Dezember datierte offizielle Schreiben des Königs von Bayern an den Großherzog von Baden mit der Aufforderung, die Beitrittserklärungen zu schaffen und einzusenden, war diesem erst am 8. Dezember zugegangen. Ein großer Teil der Erklärungen war inzwischen nach München gerichtet worden, sodaß als König Wilhelm am 10. Dezember von der an diesem Tage beschlossenen Adresse des Reichstags erfuhr, noch keine amtliche Mitteilung von der allseitigen Zustimmung der Fürsten vorlag. Der König hatte somit auch noch keine Veranlassung und Gelegenheit gehabt, sich seinerseits über die Annahme endgiltig zu erklären. Es war sein Wunsch gewesen, sich über seine Stellung zu dieser Frage zu den versammelten Fürsten aussprechen zu können. Die Kaiserwürde auch diesmal wieder abzulehnen, war für die Krone Preußens wohl ausgeschlossen, zumal nachdem die wesentlichste Bedingung, das Anerbieten seitens der Fürsten, erfüllt worden war, aber es war der Wunsch des Königs, den Fürsten zu erkennen zu geben, daß er dabei mehr ein Opfer bringe als einen Vorteil gewinne, indem er die anerkannte Machtfülle des Königs von Preußen gegen einen erst durch die Zeit auszufüllenden Titel aufgebe. Alle die Schwierigkeiten und Halbheiten, die in der Verfassungsfrage zutage getreten waren, machten es dem Könige wie auch wohl der großen Mehrzahl der Persönlichkeiten, denen sein Ohr in Versailles zugänglich war, um so wünschenswerter, die Übernahme der Kaiserkrone durch einen feierlichen Akt vor den deutschen Fürsten zu bekunden. Nicht unerwähnt darf in diesem Zusammenhange bleiben, daß auch die Königin, seine Gemahlin, in ihrer brieflichen Kritik der Verfassung und des Kaisertums, bei der sie auf die den König in jenen Tagen beherrschende Stimmung einging, ihm die Entschließung nicht erleichterte. Die Königin gab jedoch damit nur der

Anschauung Ausdruck, die damals in vielen preußisch empfindenden Kreisen Berlins und der engern Heimat verbreitet war.

Unter diesen Umständen ist es nur zu begreiflich, daß sich das Mißfallen des Königs an dem ihm übereilt erscheinenden Beschluß des Reichstags zunächst dem Bundeskanzler gegenüber entlud, und zwar noch am 10. Dezember. Bismarck litt schon seit dem Tage zuvor an einer Venenentzündung, er ließ sich deshalb bei den dem Könige zu haltenden Vorträgen durch den Geheimen Legationsrat Abeken vertreten. Dieser berichtet über den 10. Dezember: „Dreimal mußte ich heute zum König, und das drittemal ging ich mit Zittern und Zagen, denn das zweitemal war ich in größter Ungnade hinausgeworfen worden, oder wenigstens war der König in höchstem Zorn und in höchster Aufregung hinausgegangen in seine Schlafftube, und ich war kaum zuhause und hatte dem Minister Bericht erstattet, so kam schon in derselben Sache ein vom König eigenhändig geschriebenes Telegramm, das der Minister in Chiffre abgehn lassen sollte, aber nicht abgehn lassen wollte, und mich deshalb noch einmal zum König schickte, um ihn zum Zurücknehmen des Telegramms zu bewegen. Das war keine angenehme Aufgabe, sie wurde leichter, als ich dachte, denn der König war von einer rührenden Güte und Freundlichkeit. Niemals habe ich den König in solcher Aufregung, ja solchem Zorn gesehen und dabei doch jedem Argument und jeder Remonstration zugänglich.“ Die Situation war eine solche geworden, daß am Morgen des 13. Dezember beim Frühstück zwischen Bucher, Hatzfeld und Reudell der Rücktritt Bismarcks ernstlich erörtert wurde. Am Abend des 10. Dezember hatte sich der König noch bei der Tafel sehr erzürnt über die Absichten des Reichstags ausgesprochen, der in seine Adresse ausdrücklich die Bitte eingeflochten hatte, daß es dem Könige gefallen möge, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen. Der König äußerte, es werde dies zu einem zweiten 1849 führen, er werde sich die Krone ebenfalls nicht vom Reichstage anbieten lassen. Bismarck wolle offenbar die Sache im Sturm nehmen und habe die Annahme der Deputation nach Berlin ausgesprochen, ehe der König überhaupt etwas von der Sache gewußt habe. Nun möge die Deputation nur hier eintreffen, er werde sie aber nicht empfangen, bis er im Besitz der Zustimmung aller Fürsten sei, das heißt, bis der König von Bayern ihn davon benachrichtigt habe. Auch hier war es die Aufgabe des Großherzogs, die verschobnen Dinge wieder in das rechte Gleis zu bringen. Er beruhigte den König durch den Hinweis, daß es kaum anders zu machen gewesen wäre, und daß infolge der von Delbrück dem Reichstage gemachten Mitteilung von dem Schritte des Königs von Bayern die Kaiserfrage notwendig zur Verhandlung hätte kommen müssen. Da die Adresse des Reichstags, über deren Inhalt der König anscheinend nicht richtig unterrichtet worden war, tatsächlich durchaus nicht den Anspruch erhob, als werde die Krone vom Reichstage angeboten, so stimmte der König schließlich dem Vorschlage des Großherzogs zu einer telegraphischen Mitteilung an den König von Bayern bei, es müsse wegen der in

Aussicht stehenden Reichstagsdeputation durchaus dafür gesorgt werden, daß der Antrag der Fürsten vorher in Versailles eintreffe. Da König Wilhelm wünschte, daß die Sache mit Bismarck besprochen und vereinbart werden solle, so machte der Großherzog noch an demselben Abend den Versuch, den Kanzler zu sprechen. Bismarck lag jedoch krank zu Bett und war unzugänglich. Er sandte spät am Abend durch Abeken einen Entschuldigungsbrief, und am andern Tage kam dieser selbst, um die Angelegenheit in Bismarcks Auftrage mit dem Großherzoge zu ordnen. Die Wogen des Mißvergnügens glätteten sich auf beiden Seiten, und der König sah, mit dem Kanzler wieder in vollem Einverständnis, dem Eintreffen der Reichstagsdeputation entgegen, die dann am Abend des 16. Dezember in ungefähr zwanzig Postwagen bei strömendem Regen ihren Einzug in Versailles hielt. Der eigentliche Ausgangspunkt der Verstimmung des Königs war der von Bismarck am 7. Dezember telegraphisch an Delbrück erteilte Auftrag gewesen, die Kaiserfrage, die durch Delbrücks formlose Mitteilung über den Antrag des Königs von Bayern im Bundesrate wie im Reichstage total festgefahren schien, in Form einer im Bundesrate zu beschließenden Vorlage an den Reichstag zu behandeln, nach der gewisse Artikel in der Bundesverfassung mit Rücksicht auf den Kaisertitel abzuändern wären. Es sollte damit die geschäftliche Zustimmung der Regierungen erreicht und die gesetzliche Unterlage geschaffen werden, auch für die noch ausstehenden Fürsten war damit die geschäftliche Nötigung gegeben, sich zu entschließen. Dies hatte Delbrück am folgenden Tage dem Reichstage angekündigt. Wie es scheint, ist es diese Leitung der Dinge gewesen, die bei dem letzten Vortrage Bismarcks am 9. Dezember den König arg verstimmt hatte. Lorenz berichtet nach den Aufzeichnungen des Großherzogs, daß als der Kaiser später durch diesen den Wortlaut des Reichstagsbeschlusses erfahren hatte, er von dem Inhalt doch vollständig befriedigt war, und daß, als in den nächsten Tagen die Königin Augusta in ihren Briefen die Schwächen der neuen Verfassung und die mangelhafte Ausgestaltung des Kaisertums abermals einer Kritik unterzog, der König selbst als Verteidiger des Geschehenen und Erreichten auftrat. Dem Großherzoge gegenüber äußerte er, man müsse in betreff der Titelfrage Geduld haben und hoffen, daß sich das nötige Ansehen nachträglich dazu doch noch einfinden werde. Der Großherzog unterstützte den König in dieser Anschauung und bemerkte nur, daß gewisse kaiserliche Abzeichen nicht früh genug ins Leben gerufen werden könnten, besonders in der Armee und in der Marine, die als kaiserliche geführt werden müßten; auch für den Bundeskanzler und die ihm unterstehende Beamtenschaft sei diese Bezeichnung alsbald einzuführen. Der König war damit einverstanden. Ebenso unbefangen — so wird nach den Aufzeichnungen des Großherzogs weiter berichtet — erörterte er die Frage, ob der neue Titel im dynastischen Sinne zu verstehen und auf das Hohenzollernsche Haus überhaupt auszudehnen sei. Nach seiner Ansicht dürfe die Kaiserwürde nur ihn und die Königin, den Kronprinzen und die Kronprinzessin, alle übrigen Familienmit-

glieder aber nicht berühren. Er habe jedoch noch nicht mit Bismarck darüber gesprochen, es müsse aber bald geschehn, weil noch eine große Anzahl andrer Fragen zu erörtern bleibe, die mit der Annahme der Kaiserkrone in Verbindung stünden, zum Beispiel was für ein Wappen, was für eine Krone, was für eine Flagge zu führen sei und dergleichen mehr. Es ergibt sich hieraus, daß der König gegen die Mitte Dezember sachlich durchaus auf dem Boden der Kaiseridee stand und zur Annahme der Kaiserwürde innerlich entschlossen war. Andererseits war es nach der ganzen Sachlage selbstverständlich, daß er sich erst nach empfangener Zustimmung aller Fürsten öffentlich und verbindlich darüber aussprechen wollte; er war berechtigt, in dem Ausbleiben der Benachrichtigung des Königs von Bayern einen Mangel an Rücksicht zu sehen. Das ist durchaus vereinbar mit gelegentlichen Äußerungen, daß es ihm in seinem Alter schwer falle, die neuen Institutionen noch auf sich zu nehmen, die viel richtiger dem Kronprinzen nach seinem dereinstigen Regierungsantritt vorbehalten geblieben wären. Man darf aber wohl sagen, daß der König, obgleich er für seine Person auf die Kaiserwürde, zumal bei der Art ihres Zustandekommens, vielleicht weniger Wert legte, er ihre Übernahme doch als eine Pflicht seines Hauses gegen Deutschland ansah und sich ihr deshalb willig, wenn auch ohne innere Befriedigung unterzog.

Als die Reichstagsabgeordneten am Abend des 16. Dezember in Versailles eingetroffen waren, wurde Präsident Simson noch zu einer langen Unterredung von Bismarck empfangen, die sich im wesentlichen darum drehte, daß der König es ablehne, vor Eintreffen der Zustimmung sämtlicher Fürsten die Deputation zu empfangen, und daß er auf dem Standpunkte beharre, daß es nur die Fürsten seien, aus deren Hand er die Kaiserkrone annehme und denen er die Wiederherstellung des Kaisertums zugestehe. Wie eingehend und umfangreich diese Unterredung war, beweist der Umstand, daß sie von neun Uhr Abends bis zum dämmernden Dezembertage des nächsten Tages dauerte und Simson keinen geringen Schrecken bekam, als er beim Heraustreten den Feldpostwagen, der ihn direkt zu Bismarck geführt hatte, noch immer vor der Tür haltend fand. Es hatte sich wesentlich darum gehandelt, eine Erwiderung für den König auf die Adresse des Reichstags zu entwerfen, und Bismarck hatte dabei den Wortlaut der Antwort vor sich, die Friedrich Wilhelm der Vierte im April 1849 der damals ebenfalls von Simson geführten Kaiserdeputation erteilt hatte. Doch benutzte der Bundeskanzler sie anscheinend mehr, um unliebsame Anklänge an jenen Vorgang zu vermeiden. Der 17. Dezember verlief in allseitiger banger Erwartung, es war ein Sonnabend. Erst am Nachmittag erging durch den Kronprinzen die Mitteilung, daß der König die Deputation am nächsten Tage empfangen werde, die Nachricht vom König von Bayern, daß die Zustimmung aller deutscher Fürsten vorliege, war endlich eingegangen. Während Simson beim Kronprinzen in langer Unterredung weilte, kam auch die Mitteilung des Bundeskanzlers, daß der Empfang durch den König am nächsten

Mittag zwei Uhr stattfinden werde. Der feierliche Hergang ist in vielen Geschichtsbüchern erzählt. Simons schöne würdige Ansprache, die vom König unter tiefer Bewegung vorgetragne Antwort — als der Flügeladjutant Graf Behndorf ihm die Erwiderung überreichte, konnte er zuerst vor Schluchzen die Worte nicht hervorbringen — alle diese Momente sind zur Genüge bekannt.

Die in Versailles anwesenden Fürsten und Prinzen, die Generale und die Staatsmänner waren nach einer erst Vormittags nach dem Gottesdienst getroffenen Anordnung des Königs bei dem feierlichen Akte zugegen. Das Ereignis sollte mehr dem Charakter eines häuslichen Festes angepaßt sein, nicht ein Staatsakt, der bei der Abwesenheit der meisten Fürsten den Schwerpunkt der Wiederaufrichtung der Kaiserwürde in den Reichstag und in die von diesem beschlossene Adresse verlegt haben würde. Bismarck hatte auch deshalb dafür Sorge getragen, daß in der Antwort des Königs der Anteil des Reichstags von dem, was die Fürsten für die Herstellung des Kaisertums in Übereinstimmung in den Wünschen und Hoffnungen der deutschen Nation und ihrer Vertreter getan hätten, genau auseinander gehalten blieb. Den persönlichen Empfindungen des Königs hatte Bismarck durch den Satz Rechnung getragen, daß er die Kaiserkrone nicht nach eigenem Gefühl und Urteil, sondern aus Pflichtgefühl annehme. Der König hatte Bismarck, Roon und Moltke, ganz besonders aber den ersten, nach beendeter Feier mit sichtbarer Freude und Dankbarkeit ausgezeichnet. Prinz Luitpold von Bayern war der Feierlichkeit fern geblieben, vielleicht in der Annahme, daß es sich nur um einen Akt handle, der das Verhältnis des Königs von Preußen zum Reichstage des Norddeutschen Bundes berühre. Aber sein Fernbleiben wurde um so mehr bemerkt, als der Antrag seines Königs sowie dessen Mitteilung von der Zustimmung aller deutschen Fürsten doch die eigentliche Grundlage der Feier bildeten.

Noch in der Nacht zuvor hatten dem König nahestehende Fürsten Mühe gehabt, ihn zur Erteilung der gewünschten Antwort zu bewegen. Mit tränenden Augen sprach er sich nach dem offiziellen Akt über die Schwere des Moments gegen seine Generale aus, wie Roon in den Briefen an die Seinigen mitteilt. Roon schreibt darin sehr hübsch: „Weil Sieg und Niederlage nach Gottes Willen erfolgt, so erblicke ich in dieser neuesten Entwicklungsphase unsrer deutschen Geschichte den unverkennbaren Finger Gottes und halte jede andre, auf Eitelkeit und Hochmut basierte Auffassung für frevelhaft, das auf preußisch-partikularistischer Sentimentalität beruhende Streben aber für unberechtigt.“ An einer andern Stelle: „Sehr gehoben war der Kronprinz, der sich bei Bismarck und dann bei mir ausdrücklich für das Gewordne bedankte.“ Nach der großen Tafel, an der alle Fürsten und Deputierten teilnahmen, hatte der Großherzog Friedrich ein längeres Gespräch mit Roon, den er Abends noch in seinem Quartier aufsuchte, um die Unterredung fortzusetzen. Roon bemerkt dazu: „Ich bin von seiner Aufrichtigkeit überzeugt, wenn er mir in allen mich betrübenden vorangegangnen Differenzen zustimmt und seine Unterstützung zu-

sichert.“ Simson schreibt über die tiefe Bewegung des Königs, man werde gewissermaßen an Karl den Großen erinnert, dem nach der Erzählung seines Biographen Einhardt der Kaisername anfangs so unerwünscht gewesen sein soll, daß er versicherte, er würde an jenem Weihnachtstage des Jahres 800 die Peterskirche in Rom nicht betreten haben, wenn er die Absicht des Papstes vorausgesehen hätte. Simson war in einem ziemlich defekten Wagen, den ein Kanonier lenkte, vor die Präfektur gekommen. Der König scherzte zu ihm über das eigentümliche Fuhrwerk, das er vom Fenster aus beobachtet habe. Simson antwortete: „Das bedeutet, daß es die Armee ist, welche uns so weit gebracht hat“, eine Erwiderung, der der König zustimmte.

Nachdem nun die Zustimmung aller deutschen Fürsten vorlag, war weiter zu erwägen, wie die Wiederaufrichtung der Kaiserwürde dem deutschen Volke bekannt zu geben sei, damit sie zugleich mit der neuen Reichsverfassung am Neujahrstage 1871 in Kraft und Übung treten könne. Der König selbst war von der Wichtigkeit dieses Schrittes ganz außerordentlich erfüllt, und seine Gedanken suchten nach geschichtlichen Beispielen. Das nächstliegende war ja die Kaiserkrönung Karls des Großen am Weihnachtstage des Jahres 800, und es lag nahe, auch das jetzt herannahende Christfest als passenden Termin in Aussicht zu nehmen. Nach der Tafel am Abend des 18. Dezembers ersuchte der König den Großherzog um einen Vorschlag, in welcher Weise das Kaisertum nun zu proklamieren sei. Der Großherzog bezeichnete als den geeignetsten Weg, der König von Bayern möge, nachdem ihm König Wilhelm schriftlich seine Zustimmung dazu gegeben habe, im Namen und unter Anführung aller mitwirkenden Fürsten eine Urkunde ausfertigen lassen, die dem Könige in feierlicher Versammlung vorgelesen und überreicht werden solle. Darauf würde die inzwischen ausgefertigte Zustimmungs- und Annahmearkunde des Königs von Preußen zu verlesen sein, und beide Schriftstücke würden sodann den Fürsten und den freien Städten in vervielfältigten Exemplaren übermittelt werden, damit durch diese die Publikation in den einzelnen Staaten stattfinden könne. Dem Könige gefiel dieser Vorschlag sehr, und er wünschte, daß dieser Gedanke dem Bundeskanzler mitgeteilt würde, wozu der Großherzog noch an demselben Abend Gelegenheit fand, als er den Besuch von Abeken empfing, der im Auftrage Bismarcks zu ihm kam. Es stellte sich aber leider nur zu bald heraus, daß die kurze Frist von einer Woche für die Herstellung, Ausfertigung und Übersendung der Urkunden nicht ausreichen würde, auch lagen allerlei Anzeichen vor, daß es nicht leicht sein werde, den König von Bayern noch einmal zu einer Tätigkeit in der Kaiserfrage veranlassen zu können. Die Berichte aus München stimmten darin überein, daß es höchst zweifelhaft wäre, ob der bayrische Landtag die Verträge mit dem Norddeutschen Bunde genehmigen würde, und daß entschieden eine der Reichsidee unfreundliche Stimmung am Münchner Hofe Boden gewonnen und auch den König Ludwig nicht unberührt gelassen hätte, Stimmungen, die um die Mitte Januar sogar zu einem recht bedenklichen Ausdruck gelangten. Die

bayrische Regierung hatte am 14. Dezember der Kammer die Verträge mit dem Norddeutschen Bunde vorgelegt und war warm für sie eingetreten. Aber bei der Ausschufwahl überwogen die Gegner der Verträge, und einer der entschiedensten, der Abgeordnete Jörg, wurde zum Referenten des Ausschusses gewählt. König Wilhelm sowohl wie Bismarck hielten daran fest, daß, nachdem wegen des Kaisertitels Bayern nun einmal ein Vortritt eingeräumt worden war, man nicht weiter fortschreiten könne, solange die deutsche Verfassungsfrage nicht auch in Bayern endgiltig entschieden sei. Der Bundeskanzler war zwar über die Haltung des bayrischen Landtages in hohem Grade verdrossen und eine Zeit lang geneigt, die Kaiserproklamation auch bei einem ablehnenden Votum des bayrischen Landtages nicht zu verschieben. Aber der König blieb auf seinem Standpunkte, daß der Kaiser lieber gar nicht aufgeweckt werden solle, als daß der Schein entzündet, Preußen hätte die Kaiserwürde zu begehren nötig gehabt. Er wollte deshalb von einer Beeilung absolut nichts wissen, und von einer Weihnachts-Kaiserfeier war bald keine Rede mehr.



Tiflis

Reiseerinnerungen von H. Coepfer



Ifflis als Hauptstadt von Kaukasien ist ein getreues Abbild des Landes, das wegen seiner Lage und seiner reichen Bodenschätze von den ältesten Zeiten an auf die verschiedenen Völker die größte Anziehungskraft ausgeübt hat und sie in dem Streben nach Ruhm und Reichthum miteinander hat ringen sehen. Alle die Völker haben ihre deutlichen Spuren hinterlassen, die alten Iranier, Juden, Griechen, Römer, Goten, Alanen, Hunnen, Araber, Seltschukken, Chasaren, Mongolen, Genuesen und viele andre, deren Namen fast verschollen sind. Früh strebte das Ruffentum aus seinen weiten Ebenen in und durch den Bergwall des Kaukasus, dessen es bedurfte, wenn es selber Ruhe haben wollte. Aber erst mit der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts wurden seine Beziehungen zu den christlichen Völkern in Kaukasien fester geknüpft, die an dem glaubensverwandten Moskowiterteiche ihre natürliche Anlehnung gegen das Vordringen des Islams suchten. Diese Beziehungen führten schließlich zur Einverleibung Kaukasiens, der mit der Besitznahme von Tiflis zwar das Siegel aufgedrückt worden war, die aber erst nach dreiundsechzigjährigem blutigem Ringen zur vollendeten Tatsache wurde. Tiflis, das 1795 von den Persern zerstört worden ist, hat an den Wandlungen geschichtlicher Zeit seinen reichen Anteil gehabt und ist heute, wie Kaukasien im großen, der Schauplatz mehr oder weniger friedlichen Ringens verschiedner Nationalitäten um die Vorhand unter dem äußern Firnis